

DIE ÖSTERREICHISCHEN PENSIONSSYSTEME DERZEIT

Stand 2003	ASVG	Bauern	Eisenbahner		
Antrittsalter (Frauen/Männer)	60/65	65	36,5 Dienstjahre		
Antrittsalter Frühpension	56,5/61,5	61,5	54,5		
Mindestbeitragszeit	15 Jahre		10 Jahre		
Pensionshöhe	80% von Durchschnittseinkommen aus 15 Jahren	80% von 1 Jahr	83% von 1 Jahr		
Beiträge ¹ (Dienstgeber/-nehmer)	10,25/12,55	15	14,5	12,55/14,85 ²	15,05/17,96
Pensionssicherungsbeitrag ¹				2,18-2,3	4,8
Höchstbeitragsgrundlage/Euro	3360	3920	3920		
Maximalpension		2364,49			
Durchschnittspension	984,55	795,8	534 ³	2525	ca. 2100
Beitragsdeckung in Prozent	78,5	47,3	24,8	26,69/55,69 ²	29,6
Versicherte	2,621 Mio.	267.000	185.785	111.328	42.000
Pensionisten	1,619 Mio. ⁴	155.000 ⁵	188.087 ⁴	86.345 ⁵	45.000

1) in % des Bruttoeinkommens 2) inkl. „fiktivem Dienstgeberbeitrag“ 3) inkl. Hinterbliebenenpensionen 4) 2002 5) 2001

KLEINE ZEITUNG
Foto: APA/GINDL; Quelle: APA

INTERVIEW

„Alles spricht für den Stichtag“

Pensionsexperte Marin: Harmonisierung braucht die jüngste Pensionsreform nicht aufzuheben. Kostenargument der GÖD gilt nicht.

Herr Professor Marin, gibt es einen sachlichen Grund dafür, die Harmonisierung erst für die jetzt Unter-35-Jährigen wirksam werden zu lassen?

BERND MARIN: Nein, das ist eine politische Festlegung. Angeblich entstehen Mehrkosten durch die Umstellung, die sind mir aber nicht nachvollziehbar.

Der Vorschlag des ÖGB zur Harmonisierung sieht vor, dass die Pensionsreform dieses Frühjahrs wieder aufgehoben wird. Halten Sie das für gerechtfertigt?

MARIN: Wenn das bissl, das die Regierung gemacht hat, auch noch rückgängig gemacht werden soll, wird der ÖGB nichts gewinnen. Es könnte natürlich auch ein Justament des ÖGB sein, da der SPÖ-Vorsitzende Gusenbauer schon gesagt hat, er wolle die letzte Pensionsreform nicht zurücknehmen.

Das ÖGB-Konzept sieht einen

Stichtag vor, von dem an alle im neuen System sind. Halten Sie das für möglich?

MARIN: Alles spricht dafür.

Die Beamtengewerkschaft behauptet, die Umstellung würde enorme Kosten verursachen.

MARIN: Das sind Lobbyisten und die vertreten ihre Interessen. Sie sagen: Wenn ihr uns nicht 800 Millionen Euro, sprich 12 Milliarden Schilling, auf den Tisch legt, dann reden wir gar nicht weiter. Das ist als Verhandlungsstrategie verständlich, aber nicht machbar.

Wie, glauben Sie, kommt die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zu dieser Rechnung?

MARIN: Sie gehen davon aus, dass



Mehrkosten nicht nachvollziehbar: Marin
APA

Pensionsharmonisierung vorausgehen muss. Das ist rein politisch: Wie teuer lasse ich mir die Zustimmung der Beamten abkaufen? In Vorarlberg etwa hat man gesagt, um 2,5 Prozent – und siehe da, es geht sich gut aus, obwohl man zuerst fünf Prozent wollte. Nun lizitieren die Bundesländer und jedes einzelne Land hat aufgrund dessen eine wesentlich günstigere Lösung als der Bund.

Was würde die Einführung einer Abfertigung für die Beamten kosten?

MARIN: Die Gewerkschaft setzt dafür fünf Prozent ein, in der Privatwirtschaft kostet sie genau 1,53 Prozent.